



WAHLEN

in der **DDR**



Berliner Auftraggeber
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur





**Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur**

Titelbild:

**Wahllokal in einer Schule zur
Volkskammerwahl am 14. Juni 1981**

INHALTSVERZEICHNIS

„Volksvertretungen“ – Wer wird gewählt?	4
Wahlkampf	10
Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten	12
Wahlbenachrichtigung	14
Wahlberechtigte	16
Wahlakt	18
Stimmzettel	20
Auszählung	22
Wahlergebnisse	24
Nichtwählerinnen und Nichtwähler	26
„Es muss demokratisch aussehen, ...“	28

„VOLKSVERTRETUNGEN“

Wer wird gewählt?

In der DDR fanden regelmäßig Wahlen zur Volkskammer statt (alle vier Jahre, später alle fünf Jahre). Die Volkskammer war das Parlament der DDR und damit das höchste gesetzgebende Organ des Landes. In der Praxis hatte die Volkskammer allerdings keinen Einfluss auf die Politik der DDR. Die Abgeordneten nickten lediglich die Entscheidungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ab. Die SED war Staatspartei und beanspruchte die Führung im Land für sich. Debatten über Gesetze, wie sie heute üblich sind, fanden damals nicht statt. Seit 1963 bestand die Volkskammer aus 500 Abgeordneten. Die Sitzverteilung stand vor den Wahlen bereits fest und änderte sich im Laufe der

Jahre kaum. 25% der Sitze gingen an die SED, 10% an jede der vier Blockparteien, die restlichen Sitze fielen den Massenorganisationen zu. Abgeordnete der Massenorganisationen konnten gleichzeitig SED-Mitglieder sein. Diese Überschneidung sicherte der Staatspartei die absolute Mehrheit. Neben der Volkskammer gab es regionale und lokale Volksvertretungen. Auch ihnen kam lediglich die Bedeutung zu, den demokratischen Schein zu wahren. In den Bezirken (vor 1952 Länder), Kreisen, Städten und Gemeinden der DDR trafen SED-Gremien die Entscheidungen. Alle Wahlen in der DDR liefen nach ähnlichen Regeln ab. Sie dienten dazu, der Macht der SED einen demokratischen Anstrich zu geben.



Tagung der DDR-Volkskammer
im November 1986

BASISWISSEN

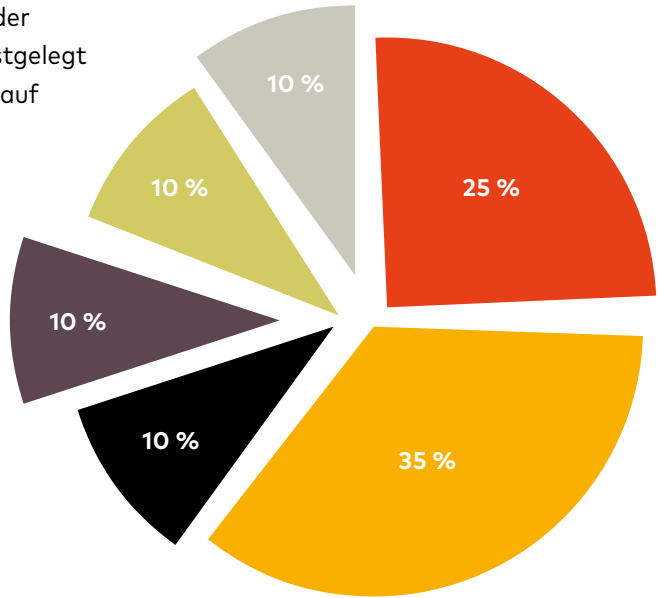
SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Die Partei wurde 1946 durch die Zwangsvereinigung der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone gegründet. SED-Parteimitglieder besetzten alle wichtigen Ämter und Funktionen in der DDR. Die SED erhob einen totalen Machtanspruch, den sie 1968 auch in der Verfassung der DDR festschrieb. In den 1980er Jahren gehörten der SED 2,3 Millionen Menschen an. Im Dezember 1989, nachdem sie in der Friedlichen Revolution ihr Machtmonopol verloren hatte, benannte sich die SED in SED-PDS um.

SITZVERTEILUNG

in der Volkskammer

Die Sitzverteilung in der Volkskammer war festgelegt und änderte sich im Lauf der Jahre kaum.



- **SED** (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)
- **Massenorganisationen**
- **CDU** (Christlich Demokratische Union)
- **DBD** (Demokratische Bauernpartei Deutschlands)
- **LDPD** (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands)
- **NDPD** (National-Demokratische Partei Deutschlands)



Palast der Republik,
Sitz der Volkskammer,
Ost-Berlin im Juni 1977

BASISWISSEN

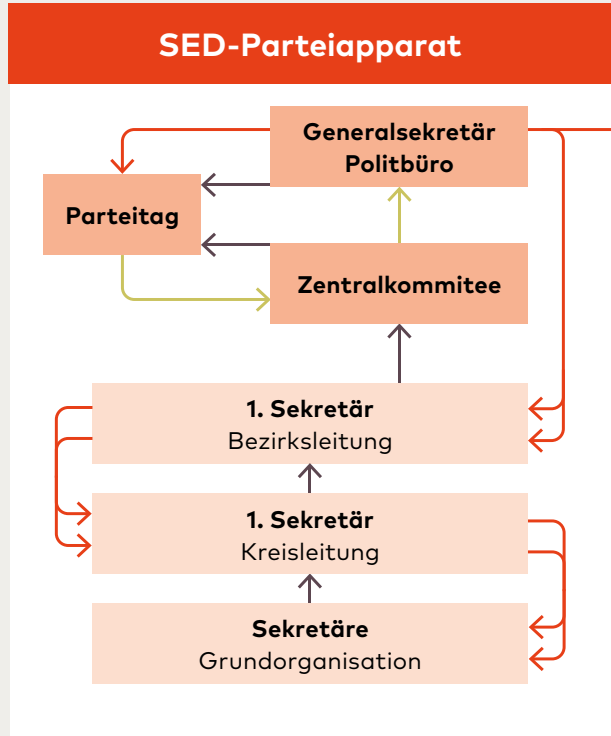
Blockparteien und Massenorganisationen

Andere Parteien in der DDR, wie die Christlich Demokratische Union (CDU) oder die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), ordneten sich dem Machtanspruch der SED unter. Dies taten auch andere Organisationen, wie etwa die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), der Kulturbund, der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), der Bauernverband oder der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB). Diese wurden als Massenorganisationen bezeichnet. Zusammen mit den Blockparteien sollten sie breite Teile der Bevölkerung in das politische System einbinden.

WER WÄHLT WEN?

Das politische System der DDR

In der DDR waren Wahlen nicht demokratisch und frei. Dies traf auch auf die Wahlen innerhalb des Partei- und Staatsapparates zu. Sie sollten der Auswahl von Amtsträgerinnen und Amtsträgern lediglich einen demokratischen Anstrich verleihen. Wie in der DDR üblich, standen die Ergebnisse dieser Wahlen schon vorher fest.



- gibt Anordnungen oder beeinflusst
- wählt
- gibt Rechenschaft

WAHLKAMPF

Wahlkampf, wie wir ihn heute kennen, gab es in der DDR nicht. Es traten nicht verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Programmen an, um die Gunst der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Vielmehr stand schon vor der Wahl fest: Der Wahlvorschlag der Nationalen Front wird große Zustimmung erhalten und damit auch die Politik der SED. Die Zeit vor der Wahl war in der DDR dennoch wichtig und hatte sogar einen speziellen Namen: die „sozialistische Wahlbewegung“. Die SED nahm diese sehr ernst und betrieb einen großen Propagandaaufwand. Doch statt des öffentlichen Ringens verschiedener Parteien um Stimmen ging es um eine hohe Wahlbeteiligung. Die zentrale Botschaft der „sozialistischen Wahlbewegung“ war: Jede Bürgerin und jeder Bürger hat die Pflicht, wählen zu gehen und damit den Staat und die SED zu unterstützen. Erst 1990 im Verlauf der Friedlichen Revolution gab es in der DDR einen Wahlkampf, wie wir ihn heute kennen. Vor den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 kämpften verschiedene Parteien um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler.



Wahlplakat der Nationalen Front
zur Volkskammerwahl 1967

BASISWISSEN

Nationale Front der Deutschen Demokratischen Republik (bis 1973: Nationale Front des demokratischen Deutschland)

Sie war ein von der SED geführter Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen in der DDR. Für jede Wahl stellte sie einen gemeinsamen Wahlvorschlag auf (Einheitsliste). SED-Mitglieder waren dort immer in der Mehrheit. Die Wählerinnen und Wähler konnten dieser Liste nur im Ganzen zustimmen oder sie ablehnen. Letzteres war jedoch schwierig und konnte negative Folgen haben.

AUSWAHL VON KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN

Die Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten unterlag in der DDR einem komplizierten und undurchsichtigen System. Nur die Nationale Front, ein von der SED geführter Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen in der DDR, konnte Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl aufstellen. Die SED sowie die jeweiligen Blockparteien oder Massenorganisationen wählten die Personen aus. Vorschläge von Einzelpersonen oder unabhängigen Gruppen waren nicht zulässig. Offiziell musste jedoch jede Kandidatin bzw. jeder Kandidat von den eigenen Arbeitskolleginnen und -kollegen bestätigt werden. Dies war ein rein formaler Akt. Auf Wahlversammlungen in den Wahlkreisen stellten sich die Kandidierenden außerdem den Wählerinnen und Wählern vor.

Litfaßsäule mit
Wahlplakaten zur Wahl
der 7. Volkskammer
der DDR, Berlin 1976

WUSSTEST DU ...



... dass grundsätzlich die Möglichkeit bestand, einzelne Personen als Kandidierende abzulehnen? Das passierte jedoch fast nie, denn die Regelungen dazu waren undurchsichtig und kompliziert.

WAHLBENACHRICHTIGUNG

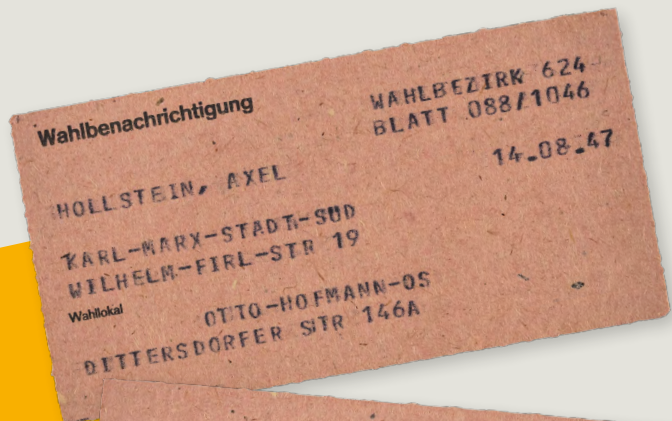
In der DDR wurden die Wahlbenachrichtigungen meistens persönlich überreicht. Diese Besuche waren nur mit einem hohen personellen Aufwand zu bewältigen und viele Mitglieder der SED oder der Massenorganisationen waren daran beteiligt. Im Vorfeld von Wahlen erfüllten diese Hausbesuche eine entscheidende Funktion. Kurz vor dem Wahltag konnten die Vertreterinnen und Vertreter des Regimes im direkten Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern vieles erfahren: Äußerten die Menschen Beschwerden oder Wünsche, die sich auf das Wahlverhalten auswirken könnten? Bestanden Zweifel am Sinn und Zweck der Wahl oder wollte jemand gar nicht wählen gehen? Die Ergebnisse der Gespräche halfen dabei, frühzeitig unerwünschtes Wahlverhalten zu verhindern. Potenzielle Nichtwählerinnen und -wähler oder Unentschlossene konnten anschließend unter Druck gesetzt werden, um sie zur Wahl zu zwingen. Gespräche im privaten oder beruflichen Umfeld dienten ebenfalls dazu, im Vorfeld der Wahl Wahl Tendenzen zu erfragen und im Sinne der SED Einfluss zu nehmen.

QUELLE

Die Ergebnisse der Gespräche mit Wählerinnen und Wählern bei den verschiedenen Gelegenheiten fanden auch Eingang in die Berichterstattung der Stasi, z. B. hier



[https://www.ddr-im-blick.de/
jahrgaenge/jahrgang-1981/report/
bevoelkerungsreaktionen-in-vorbe-
reitung-auf-die-wahlen/](https://www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1981/report/bevoelkerungsreaktionen-in-vorber-
eitung-auf-die-wahlen/)



Im Interesse eines reibungslosen Ablaufes der Wahlhandlung wird gebeten, diese Wahlbenachrichtigung und das Personal-dokument im Wahllokal vorzulegen.

Ihr Wahllokal ist am Wahltag von
7.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet.

**Wahlbenachrichtigungskarte
mit persönlichen Daten des
Wählers sowie der Angabe
des zuständigen Wahllokals**

WAHLBERECHTIGTE

In der DDR waren alle Erwachsenen ab 18 Jahren (bis 1974 ab 21 Jahren) wahlberechtigt. Tatsächlich wählen durften aber nur Menschen, die auf den Wählerlisten der Wahlbezirke erfasst waren. Anhand dieser Listen wurde später die Wahlbeteiligung ermittelt. Die SED gab das Ziel vor: 98% der Wahlberechtigten sollten an der Wahl teilnehmen und dem Wahlvorschlag zustimmen. Die Wählerlisten waren eine Möglichkeit, diese Vorgabe zu erreichen. So wurden Nichtwählerinnen und -wähler einfach von den Listen gestrichen. Wer dort nicht auftauchte, konnte auch die Statistik nicht beeinflussen.

WUSSTEST DU ...

... dass bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 in der DDR zum ersten Mal Ausländerinnen und Ausländer wählen durften?

Die DDR sollte u. a. dadurch als modernes und fortschrittliches Land gezeigt werden. Nach der Friedlichen Revolution und dem Sturz der SED fanden am 6. Mai 1990 zum ersten Mal freie

Wählerinnen und Wähler in
Ost-Berlin bei der Kommunal-
wahl am 17. September 1961



und demokratische Kommunalwahlen statt. Alle Ausländerinnen und Ausländer, die länger als zwei Jahre in der DDR lebten, durften an der Wahl teilnehmen. Somit waren diese Wahlen die ersten demokratischen Wahlen in Deutschland mit Ausländerwahlrecht.

WAHLAKT

Der Wahltag in der DDR folgte strengen Regeln. Die Wahllokale öffneten bereits früh am Morgen. Spätestens bis Mittag sollten die Menschen gewählt haben. Die SED wollte damit zeigen, wie stark ihr Rückhalt in der Bevölkerung war. Dies erhöhte den Druck auf Menschen, die erst später zur Wahl gehen oder dies gar nicht tun wollten. Wer bis Mittag nicht gewählt hatte, wurde in der Regel zu Hause aufgesucht. SED-Funktionäre oder örtliche Amtsträgerinnen und -träger forder-

ten die Unentschlossenen persönlich zur Wahl auf. Manchmal brachten sie die sogenannte „fliegende Urne“ mit, um die Menschen zu Hause zum Wählen zu drängen.

Der Wahlakt bestand lediglich darin, den Stimmzettel zu falten und in die Urne zu werfen. Zwar gab es in den Wahllokalen eine Wahlkabine, doch diese stand oft abseits in einer Ecke und wurde von den wenigsten Menschen genutzt. Eine geheime Wahl war nicht gewährleistet, denn die Wahlhelfer-

WUSSTEST DU ...

... dass viele Menschen in der DDR die Wahl als „Zettelfalten“ bezeichneten?

Es war weder nötig noch erwünscht, auf dem Stimmzettel etwas anzukreuzen oder durchzustreichen. Die Menschen sollten den Stimmzettel lediglich falten und in die Urne werfen.

innen und -helfer vermerkten, wer die Wahlkabine benutzt hatte. Die SED nahm an, dass diese Menschen den Stimmzettel ungültig machten oder gegen den Wahlvorschlag stimmten. Das machte sie verdächtig. Im schlimmsten Fall konnten sie ins Visier der Stasi geraten. Die Stasi schüchterte sie ein, sprach Drohungen aus oder verhinderte einen beruflichen Aufstieg. Sie konnte aber auch dafür sorgen, dass Menschen verhaftet wurden.

BASISWISSEN

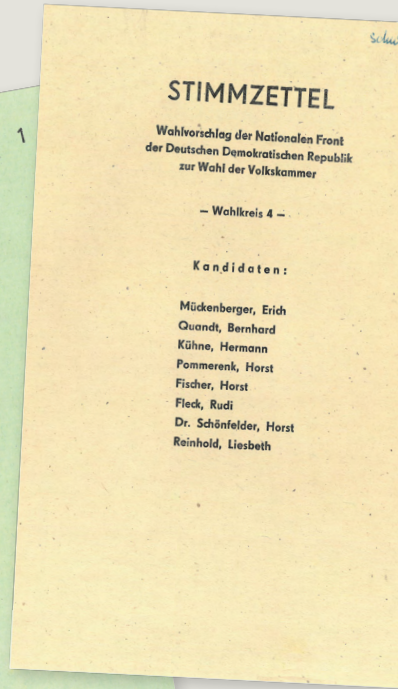
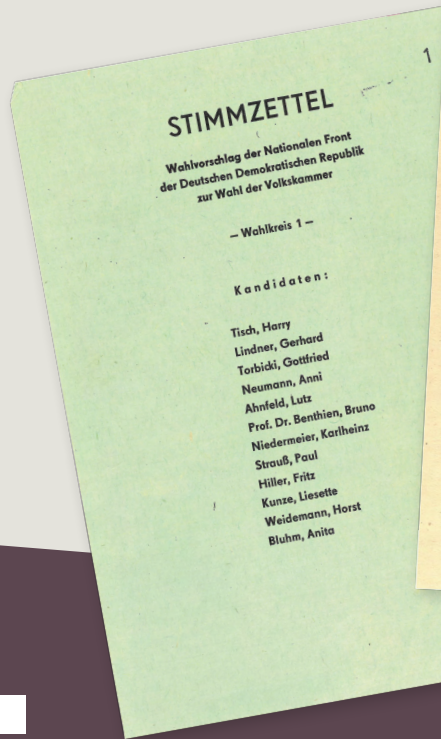
Stasi – Ministerium für Staatssicherheit der DDR

Die Stasi war Nachrichtendienst und politische Geheimpolizei der DDR. Sie ging im Inland gegen tatsächliche oder vermeintliche politische Gegnerinnen und Gegner der SED vor und besaß dafür polizeiliche und strafrechtliche Möglichkeiten. Sie war das wichtigste Repressionsorgan der SED und half, deren Herrschaft zu sichern.

STIMMZETTEL

Auf dem Stimmzettel gab es keine Wahlmöglichkeiten. Die Nationale Front hatte vor der Wahl eine Liste der Kandidatinnen und Kandidaten erstellt, die geschlossen antrat und nicht verändert werden konnte. Diese Einheitsliste war von SED-Mitgliedern dominiert. Lediglich bei der ersten Volkskammerwahl 1950 gab es auf dem Stimmzettel die Möglichkeit, „ja“ oder „nein“ anzukreuzen. Nach 1950 war es sehr schwierig, die Einheitsliste abzulehnen. Das Wahlgesetz traf dazu keine Festlegung. In der Regel galten nur Stimmzettel als Gegenstimme, auf denen alle Namen einzeln durchgestrichen waren. Erst kurz vor jeder Wahl kommunizierte die SED-Parteiführung Regeln wie diese an die Wahlkommissionen. Selbst die Wahlvorstände in den Wahllokalen sollten darüber nur mündlich informiert werden. Die Wählerinnen und Wähler kannten die Regeln nicht. Es lag vor allem an den Wahlhelferinnen und -helfern vor Ort, ob sie eine Stimme als gültig, ungültig oder als Gegenstimme werteten. Da sie jedoch für ein „gutes“ Ergebnis im Sinne der SED verantwortlich waren, nutzten sie diesen Auslegungsspielraum und beteiligten sich somit an der Manipulation der Wahl.

Stimmzettel der Wahlkreise 1 und 4
für die Volkskammerwahl im Oktober 1976



BASISWISSEN

Wahlkommissionen

Sie wurden vor der Wahl auf Republik-, Bezirks- und Kreisebene gebildet und waren für die Organisation und Kontrolle der Wahlen zuständig. So mussten sie z.B. nach den Wahlen deren Gültigkeit bestätigen. Deshalb achtete die SED darauf, dass dort ihre Mitglieder in der Mehrheit waren.

AUSZÄHLUNG

Die Wahlhelferinnen und -helfer zählten die Stimmen aus. Sie waren dem SED-Regime gegenüber loyal und engagierten sich in der SED, einer der Blockparteien oder Massenorganisationen. Allen Menschen stand grundsätzlich offen, die Auszählung zu beobachten. Doch nur sehr wenige taten dies. Erst ab Mitte der 1980er Jahre gab es vereinzelt organisierte Kontrollen, die von oppositionellen Gruppen ausgingen. So kontrollierte etwa eine Gruppe der Samaritergemeinde in Ost-Berlin 1986 die Auszählungen im Wahlbezirk 6 im Stadtbezirk Friedrichshain. Sie konnte Manipulationen und Verstöße gegen das Wahlgesetz aufdecken. Doch erst bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 zeigten die Wahlbeobachtungen

Wirkung, weil in vielen Wahllokalen die Auszählungen kontrolliert werden konnten. In Berlin-Weißensee koordinierte ein oppositionelles Wahlbüro die Kontrolle der Stimmauszählungen im gesamten Stadtbezirk. Durch solche mutigen Aktionen konnten der Wahlbetrug und die Manipulationen dokumentiert und hinterher über westliche Fernseh- oder Radiosender auch in der DDR öffentlich gemacht werden. Was viele Menschen in der DDR ahnten, wurde sichtbar: Die in der DDR-Presse verkündeten Ergebnisse stimmten nicht mit den Auszählungen vor Ort überein. Eine Wahlbeobachtung durch NGOs oder internationale Organisationen, wie wir sie heute kennen, gab es vor 1989 nicht.

WUSSTEST DU ...

... dass ab Juni 1989 an jedem Siebten des Monats in Ost-Berlin gegen die Wahlfälschungen protestiert wurde?

QUELLE

„Und dann haben wir uns gedacht, dass man da noch mal ganz anders rangehen müsste, nämlich nicht nur, dass man so ein bisschen auszählt und sagt, ja, das stimmt ja alles nicht und ist ja alles Quatsch, sondern sozusagen den schlagkräftigen Beweis liefert. Und dazu haben wir dann einen Plan gemacht.“

Interview mit Evelyn Zupke. Sie war 1989 im oppositionellen Weißenseer Friedenskreis aktiv und ist seit 2021 Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur. In ihrer Wohnung befand sich ein oppositionelles Wahlbüro.



<https://www.jugendopposition.de/zeitzeugen/145523/evelyn-zupke?video=145303#vplayer>

Die Aktionen fanden vor allem auf dem Alexanderplatz statt. Die Stasi ging teilweise brutal gegen die Demonstrierenden vor. Doch mehr und mehr Menschen solidarisierten sich mit den Protestierenden und trugen so zum Ende der SED-Diktatur bei.

WAHLERGEBNISSE

Im Gegensatz zu heute war in der DDR nur ein Ergebnis wichtig: Die Zustimmungsrate zur Einheitsliste. Diese lag meist bei 98%. Für die SED war dies ein Zeichen, dass die Mehrheit der Menschen die Herrschaft der SED nicht in Frage stellte.

Schon vor den Wahlen war meist klar, welche Zustimmungsrate die Parteilührung erwartete. Die Manipulation der Wahlergebnisse sicherte letztendlich die gewünschten Prozentpunkte. Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass tatsächlich 80–90% der Menschen in der DDR zur Wahl gingen und für die Einheitsliste stimmten. Die SED übte bereits vor der Wahl Druck aus. Sie machte klar, dass eine Verweigerung oder eine Nein-Stimme unangenehme Konsequenzen haben konnte. Was Einzelne mit ihrer Wahlteilnahme verbanden, lässt sich nur schwer beurteilen: Gingen die meisten Menschen zur Wahl, weil sie die SED unterstützten, weil man es eben so machte oder weil sie Nachteile fürchteten?

Erst 1989 organisierten oppositionelle Gruppen Wahlbeobachtungen, die den Betrug nachweisen konnten. So kam u. a. heraus, dass etwa 10% der Wählerinnen und Wähler gegen die Einheitsliste gestimmt hatten. Das offizielle Ergebnis lag bei 1,15% Nein-Stimmen. Obwohl die DDR-Presse darüber nicht berichtete, verbreitete sich die Nachricht vom Wahlbetrug über westliche Fernseh- und Radiosender schnell in der ganzen DDR. Oppositionsgruppen informierten außerdem in Untergrundpublikationen darüber und protestierten dagegen. Dies war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Sturz der Diktatur.



WUSSTEST DU ...

... dass einige DDR-Bürgerinnen und -Bürger nach den Kommunalwahlen 1989 Strafanzeige wegen Wahlfälschung erstattet haben? Doch erst nach dem Sturz der SED konnten Strafverfahren eröffnet werden. Einige endeten erst nach der Wiedervereinigung. Geld- und Bewährungsstrafen wurden z.B. gegen Bürgermeister und hochrangige Vertreter der SED ausgesprochen.

QUELLE

Zeitgenössischer Bericht des westdeutschen Magazins „Kontraste“ über die Planungen der DDR-Opposition zu Wahlbeobachtungen bei der Kommunalwahl 1989



<https://www.bpb.de/media-thek/394/auf-ruf-zum-boycott>

NICHTWÄHLERINNEN UND NICHTWÄHLER

Menschen, die nicht wählen gehen wollten oder tatsächlich nicht wählten, störten das staatlich verordnete Ritual. Bereits im Vorfeld der Wahl sollten sie aufgespürt und zur Stimmabgabe gedrängt werden. Die Übergabe der Wahlbenachrichtigungskarten war eine Möglichkeit, bei einem persönlichen Gespräch potenzielle Nichtwählerinnen und -wähler ausfindig zu machen. Diesen Menschen drohten Konsequenzen: Sie reichten von unangenehmen Gesprächen mit regimetreuen Kolleginnen und Kollegen über das Ende des

beruflichen Aufstiegs bis hin zu Maßnahmen der Stasi. Menschen, die wiederholt nicht gewählt hatten, wurden oft aus den Wählerlisten gestrichen, um dadurch die Zustimmungsquote zu erhöhen.

Am Wahltag waren Menschen, die nicht zur Wahl gehen wollten, erheblichem Druck ausgesetzt. Sie wurden zu Hause besucht und sollten dort u.a. gedrängt werden, ihren Stimmzettel in eine „fliegende Urne“ zu werfen. Einige entzogen sich diesem Druck, indem sie am Wahltag verreisten.

WUSSTEST DU ...

... dass die „fliegende Urne“ eigentlich für Menschen gedacht war, die aufgrund von Krankheit oder Alter nicht ins Wahllokal gehen konnten?

Die Möglichkeit der Briefwahl gab es in der DDR nicht.

Es war ein Ziel der SED, dass am Wahltag so viele Menschen wie möglich in die Wahllokale gingen.

Die Staatspartei wollte damit demonstrieren, wie stark ihr Rückhalt in der Bevölkerung war.

QUELLE

*"Früh bei Zeiten schon, gegen dreiviertel neun
oder um neun, klingelte es zum ersten Mal.
Und der Bürgermeister stand vor der Tür.
Und hat einem meiner Söhne erklärt:
Ich müsste jetzt zur Wahl kommen,
alle anderen aus dem Dorf wären schon
da gewesen und ich wäre die letzte und
das würde doch ein schlechtes Bild auf
die gesamte Gemeinde werfen,
denn man war ja immer darauf bedacht,
100% Wahlbeteiligung zu erreichen."*

Interview mit Brigitte Bielke



[www.zeitzeugen-portal.de/
videos/GMswni09vp4](http://www.zeitzeugen-portal.de/videos/GMswni09vp4)

„ES MUSS

DEMOKRATISCH

AUSSEHEN, ...“



„... aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Das sagte Walter Ulbricht, der spätere SED-Parteivorsitzende und DDR-Regierungschef, im Mai 1945. Die DDR war zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegründet, doch Walter Ulbricht verdeutlichte damit den Anspruch der Kommunisten auf die Macht in der DDR.

Bei der Beschäftigung mit Wahlen in der DDR stellen sich früher oder später einige Fragen: Warum betrieb die

SED den ganzen Aufwand, wenn das Ergebnis bereits vorher feststand? Warum organisierte sie all diese Kampagnen, Wahlveranstaltungen und übte Druck auf die Bevölkerung aus? Warum verzichtete die SED nicht auf Wahlen, wenn ihr Führungsanspruch sowieso in Stein gemeißelt war?

Die Antwort: Wahlen waren eines der wichtigsten Mittel, um den demokratischen Schein zu wahren. Die SED benutzte die Wahlen als Ausweis der Demokratie, die die Deutsche Demo-



**Demonstration in Ost-Berlin
am 7. Juni 1989 gegen den
Wahlbetrug in der DDR**

kratische Republik im Namen trug. Die hohen Zustimmungsqoten zur Einheitsliste nutzte die Staatspartei, um nach Innen und Außen zu zeigen, dass ihre Herrschaft und Politik von den Menschen mitgetragen und nicht in Frage gestellt wurde. Im Innern der DDR sollten die Wahlergebnisse den Gegnerinnen und Gegnern der SED zeigen, dass sie keine Unterstützung bei der Mehrheit der Menschen hatten. Ab den 1970er Jahren strebte die SED nach mehr internationaler Anerkennung.

Daher wurde es immer wichtiger, den demokratischen Anschein nach außen zu wahren. Die SED stellte dabei zu jeder Zeit sicher, dass Wahlen die tatsächlichen Machtverhältnisse nicht verändern konnten. Gegnerinnen und Gegner der Staatspartei forderten immer wieder freie Wahlen. Auch im Herbst 1989 war dies eine der zentralen Forderungen der Friedlichen Revolution. Am 18. März 1990 war es dann soweit: Die ersten und letzten freien Volkskammerwahlen der DDR fanden statt.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Str. 4 B
10369 Berlin

www.aufarbeitung-berlin.de

Autorinnen: Dr. Andrea Bahr, Michèle Matetschk

Grafik & Layout: www.bogun-dunkelau.de

Der Herausgeber ist für den Inhalt der aufgeführten
externen Internetseiten nicht verantwortlich.



**Berliner Auftraggeber
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur**

www.aufarbeitung-berlin.de